S 24 KR 665/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Schleswig-Holstein
Sozialgericht	Schleswig-Holsteinisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	10.
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Einnahmen aus Kapitalvermögen, Werbungskosten, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit
Leitsätze	Bei der Verbeitragung von Einnahmen aus Kapitalvermögen zur GKV sind mit der Erzielung dieser Einnahmen einhergehende Werbungskosten abzuziehen. Der Begriff der Werbungskosten im Sinne von § 9 Abs 1 Einkommensteuergesetz entspricht dem in § 3 Abs 1b Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler und kann daher bei der Bestimmung und Berechnung des beitragspflichtigen Einkommens herangezogen werden.
Normenkette	§ 240 Abs. 1 SGB V, § 6 Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler, § 9 EStG

1. Instanz

Aktenzeichen	S 24 KR 665/17
Datum	25.08.2020

2. Instanz

Aktenzeichen	L 10 KR 381/20
Datum	27.09.2022

3. Instanz

Datum	-

Auf die Berufung der KlÃ¤gerin werden das Urteil des Sozialgerichts LÃ¼beck vom 25.Â August 2020 und der Bescheid der Beklagten vom 17.Â August 2015 in Gestalt

des Widerspruchsbescheids vom 30.Â August 2017 geÃ¤ndert.

Â

Die Beklagte wird verurteilt, die BeitrÃ¤ge der KlÃ¤gerin zur gesetzlichen Kranken- und zur sozialen Pflegeversicherung in der Zeit vom 1.Â Juli 2015 bis 31.Â Dezember 2015 unter BerÃ¼cksichtigung von Werbungskosten in HÃ¶he von 20.561,92Â Euro neu festzusetzen.

Â

Im Ãbrigen wird die Berufung zurÃ¼ckgewiesen.

Â

Die Beklagte hat der KlÃ¤gerin 1/3 ihrer notwendigen auÃergerichtlichen Auslagen im Vor-, Klage- und Berufungsverfahren zu erstatten. Im Ãbrigen sind keine Kosten zu erstatten.

Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Â

<u>Tatbestand</u>

Â

Die Beteiligten streiten Ã¼ber die HÃ¶he der BeitrÃ¤ge zur gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung fÃ¼r die Zeit vom 1.Â Juni 2014 bis 31.Â Dezember 2015. Dabei besteht Uneinigkeit darÃ¼ber, ob die beklagte Krankenkasse bei der Beitragserhebung EinkÃ¼nfte aus KapitalvermÃ¶gen wie im Einkommensteuerbescheid ausgewiesen zugrunde legen kann oder vor der Verbeitragung von diesen ausgewiesenen EinkÃ¼nften anzuerkennende Werbungskosten abzuziehen hat.

Â

Die KlÃ¤gerin war seit 1.Â Oktober 2005 bei der Beklagten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und in der sozialen Pflegeversicherung (SPV) freiwillig versichert und bezog Einnahmen aus diversen Kapitalanlagen. Mit Bescheiden vom 19.Â Juni 2013 bzw 18.Â September 2014 setzte die Beklagte die BeitrÃ¤ge zur Kranken- und Pflegeversicherung ab 1.Â Juli 2013 bzw ab 1.Â Juli 2014 auf monatlich insgesamt 188,32Â EUR fest und aufgrund einer Ãnderung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung erhÃ¶hte die Beklagte die BeitrÃ¤ge mit

Bescheid vom 29.Â Dezember 2014 ab 1.Â Januar 2015 auf insgesamt 191,66Â EUR.

Â

Nachdem die KlÃ¤gerin bei der Beklagten am 12.Â August 2015 die Einkommensteuerbescheide fÃ¼r 2012 vom 13.Â Mai 2014 und fÃ¼r 2013 vom 5.Â Juni 2015 vorgelegt hatte, berechnete die Beklagte die Beitrâge zur GKV und SPV neu. Da die von der Beklagten berÃ¼cksichtigten im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen EinkÃ¼nfte aus KapitalvermÃ¶gen die herangezogene Beitragsbemessungsgrenze (4.125Â EUR) Ã¼berstiegen, legte die Beklagte ihrer Beitragsberechnung letztere zugrunde. Sie setzte die BeitrÃ¤ge zur GKV und SPV mit Bescheid vom 17.Â August 2015 fÃ¼r die Zeit ab 1.Â Juni 2014 neu auf monatlich insgesamt 711,57Â EUR fest (592,78Â EUR zur GKV und 93,49Â EUR zur SPV), wodurch fÃ¼r die Zeit vom 1.Â Juni 2014 bis 31.Â Juli 2015 eine Nachzahlung in HÃ¶he von 7.126,43Â EUR zu leisten war, die sich aus der beigefÃ¼gten tabellarischen Aufstellung ergab. Den dagegen eingelegten Widerspruch der KlÃ¤gerin wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 30.Â August 2017 zurÃ¼ck.

Â

Die am 15.Â September 2017 bei dem Sozialgericht Itzehoe eingegangene Klage hat das Sozialgericht mit Urteil vom 25.Â August 2020 abgewiesen. Gegen das ihrem ProzessbevollmÃ¤chtigen am 26.Â Oktober 2020 zugestellte Urteil richtet sich die am 20.Â November 2020 eingegangene Berufung der KlÃ¤gerin. Ihr Anliegen besteht darin, dass bei der Beitragsfestsetzung zur GKV und SPV fÃ¼r die Berechnung des zu verbeitragenden Einkommens nicht ihre EinkÃ¼nfte aus KapitalvermÃ¶gen berÃ¼cksichtigt werden, die im Einkommensteuerbescheid als zu versteuernde EinkÃ¼nfte ausgewiesen werden, sondern zuvor ihr fÃ¼r diese Einkommenserzielung entstandene Werbungskosten abgezogen werden. Sie stÃ¼tzt ihr Begehren auf Â§Â 3 AbsÂ 1b der BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler und hat ein Konvolut von Ausgaben vorgelegt, die ihres Erachtens zu berÃ¼cksichtigungs- und abzugsfÃ¤higen Werbungskosten in HÃ¶he von 21.017,58Â EUR fÃ¼r das Jahr 2012 und 21.652,59Â EUR fÃ¼r das Jahr 2013 fÃ¼hren. Es handelt sich um Kosten fÃ¼r den Geldverkehr, Telekommunikation, Mobilkommunikation, hÃ¤usliches Arbeitszimmer, BÃ¼robedarf, Postwertzeichen, GeschÃ¤ftsreisen und Steuerberatung. Sie erlÃ¤utert, seit EinfÃ¼hrung der Abgeltungssteuer zum 1.Â Januar 2009 wÃ¼rden KapitalertrÃ¤ge nur noch mit einem Steuersatz von 25Â % der Einkommensteuer unterzogen werden und der Abzug tatsÃ¤chlicher Werbungskosten sei nach Â§Â 20 AbsÂ 9 Einkommensteuergesetz (EStG) ausgeschlossen. Wenn jedoch fÃ¼r die BeitrÃ¤ge die im Einkommensteuerbescheid als Einkommen aus KapitalvermÃ¶gen ausgewiesenen EinkÃ¼nfte ohne Abzug von Werbungskosten verbeitragt werden, fÃ¼hre das zu einem verfÃ¤lschten Bild ihrer wirtschaftlichen LeistungsfÃ¤higkeit, die jedoch nach den Regelungen zur Beitragserhebung freiwilliger Mitglieder maÃgeblich sei.

Â

Die KlÃ¤gerin beantragt,Â Â Â Â Â Â Â Â Â

Â

1. das Urteil des Sozialgerichts LÃ¼beck vom 25. August 2020 aufzuheben und den Bescheid der Beklagten vom 17. August 2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 30. August 2017 zu Ã¤ndern,

Â

2. die Beklagte zu verurteilen, ihre BeitrÃ¤ge zur freiwilligen gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung vom 1. Juni 2014 bis 30. Juni 2015 unter BerÃ¼cksichtigung von in 2012 angefallenen Werbungskosten Ã¼ber 21.017,58 EUR sowie vom 1.Â Juli 2015 bis 31. Dezember 2015 unter BerÃ¼cksichtigung von in 2013 angefallenen Werbungskosten Ã¼ber 21.652,59Â EUR neu festzusetzen.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

1. die Berufung zurÃ¼ckzuweisen.

Â

2. ggf. die Revision zuzulassen.

Â

Die Beklagte vertritt die Auffassung, dass sie fÃ¼r die Beitragserhebung die EinkÃ¼nfte aus KapitalvermÃ¶gen aus dem Steuerbescheid entnehmen kÃ¶nne, ohne dass weitere AbzÃ¼ge vorzunehmen sind. Eine andere Vorgehensweise sei nicht verwaltungspraktikabel.

Â

Dem Senat haben die VerwaltungsvorgÃ¤nge der Beklagten vorgelegen. FÃ¼r die weiteren Einzelheiten wird auf die aktenkundigen Unterlagen und SchriftsÃ¤tze der Beteiligten Bezug genommen. Sie waren Gegenstand der Entscheidungsfindung.

Â

EntscheidungsgrÃ¼nde

Â

Die Berufung der KlÃ¤gerin ist zulÃ¤ssig, insbesondere form- und fristgerecht (Â§Â 151 AbsÂ 1 Sozialgerichtsgesetz â SGG) eingegangen, und teilweise begrÃ¼ndet.

Â

1.Â VerfahrensgegenstÃ¤ndlich ist der Beitragsbescheid der Beklagten vom 17.Â August 2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 30.Â August 2017 fÃ¼r den Regelungszeitraum 1.Â Juni 2014 bis 31.Â Dezember 2015, da die Beteiligten im Rahmen ihrer Dispositionsmaxime Ã¼ber den Streitgegenstand den gerichtlich zu Ã¼berprÃ¼fenden Zeitraum Ã¼bereinstimmend bis zum 31.Â Dezember 2015 beschrÃ¤nkt haben. Die KlÃ¤gerin begehrt nicht die Freistellung von der Beitragszahlung zur GKV und SPV, sondern die Neuberechnung ihrer Beitragspflicht auf der Grundlage von beitragspflichtigen Einnahmen aus KapitalvermÃ¶gen nach Abzug von Werbungskosten, die ihr fÃ¼r die Erzielung von EinkÃ¼nften aus KapitalvermÃ¶gen entstanden sind. Dieses Ziel verfolgt die KlÃ¤gerin zulÃ¤ssigerweise mit einer kombinierten Anfechtungs- und Verpflichtungsklage (Â§Â 54 AbsÂ 1 SGG), die den Beitragsbescheid der Beklagten vom 17.Â August 2015 Ã¤ndert und die Beklagte dazu verpflichtet, Ã¼ber die HÃ¶he ihrer Beitragsverpflichtung vom 1.Â Juni 2014 bis 31.Â Dezember 2015 neu zu entscheiden.

Â

2.Â Die Beitragserhebung der Beklagten mit Bescheid vom 17.Â August 2015 erweist sich fÃ¼r den Zeitraum 1.Â Juni 2014 bis 30.Â Juni 2015 als rechtmÃ¤Ãig, fÃ¼r die Zeit ab 1.Â Juli 2015 bis 31.Â Dezember 2015 jedoch als rechtswidrig und verletzt die KlÃ¤gerin diesbezÃ¼glich in ihren Rechten. Das Sozialgericht hat die Klage fÃ¼r den Zeitraum 1.Â Juli 2015 bis 31.Â Dezember 2015 zu Unrecht abgewiesen.

Â

Ausgehend von den GrundsÃ¤tzen zur Beitragserhebung und BerÃ¼cksichtigung von Ãnderungen bei Selbstzahlern waren die BeitrÃ¤ge der KlÃ¤gerin zwar unter BerÃ¼cksichtigung der im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen KapitaleinkÃ¼nfte zu berechnen , allerdings hatte die Beklagte tatsÃ¤chlich nachgewiesene Werbungskosten in Abzug zu bringen . Die Berechnungen fÃ¼hren allerdings dazu, dass die im Bescheid der Beklagten vom 17.Â August 2015 ausgewiesene Beitragslast der KlÃ¤gerin fÃ¼r den Zeitraum 1.Â Juni 2014 bis 30.Â Juni 2015 korrekt ist , jedoch fÃ¼r die Zeit ab 1. Juli 2015 bis 31.Â Dezember 2015 Einnahmen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze zu verbeitragen waren . Daraus ergeben sich gleichzeitig ab 1.Â Juli 2015 geringere BeitrÃ¤ge zur Pflegeversicherung .

Â

3.Â Die Entscheidung der Beklagten beruht auf Â§Â 48 Zehntes Buch

Sozialgesetzbuch (SGBÂ X) und berÃ¼cksichtigt die Regelungen zur Beitragsbemessung bei freiwilliger Mitgliedschaft in Â§Â 240 Sozialgesetzbuch FÃ¼nftes Buch (SGBÂ V) einschlieÃlich der MaÃstÃ¤be fÃ¼r die BerÃ¼cksichtigung von VerÃ¤nderungen der beitragspflichtigen Einnahmen , wobei der KlÃ¤gerin Mitteilungspflichten Ã¼ber VerÃ¤nderungen bekannt waren .

Â

a) Die verfahrensgegenstÃ¤ndliche Entscheidung der Beklagten vom 17.Â August 2015 beruht sowohl fÃ¼r die Zeit vom 1.Â Juni 2014 bis 30.Â Juni 2015 als auch ab 1.Â Juli 2015 auf Â§Â 48 AbsÂ 1 SatzÂ 2 NrÂ 2 SGBÂ X. Der Bescheid vom 17.Â August 2015 Ã¤ndert die Beitragsbescheide vom 21.Â Mai 2013, 19.Â Juni 2013, 18.Â September 2014 und 29.Â Dezember 2014 ab, die jeweils ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung sind. Soweit allerdings in den tatsÃ¤chlichen oder rechtlichen VerhÃ¤ltnissen, die beim Erlass eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung vorgelegen haben, eine wesentliche Ãnderung eintritt, ist der Verwaltungsakt mit Wirkung fÃ¼r die Zukunft aufzuheben (Â§Â 48 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X). Der Verwaltungsakt soll mit Wirkung vom Zeitpunkt der Ãnderung der VerhÃ¤ltnisse aufgehoben werden, soweit der Betroffene einer durch Rechtsvorschrift vorgeschriebenen Pflicht zur Mitteilung wesentlicher fÃ¼r ihn nachteiliger Ãnderungen der VerhÃ¤ltnisse vorsÃ¤tzlich oder grob fahrlÃ¤ssig nicht nachgekommen ist (Â§Â 48 AbsÂ 1 SatzÂ 2 NrÂ 2 SGBÂ X).

Â

b) Nach Â§Â 240 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ V wird die Beitragsbemessung freiwilliger Mitglieder einheitlich durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen geregelt. FÃ¼r die Jahre 2014 und 2015 galten die â€Einheitlichen GrundsÃ¤tze zur Beitragsbemessung freiwilliger Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung und weiterer Mitgliedergruppen sowie zur Zahlung und FÃ¤lligkeit der von Mitgliedern selbst zu entrichtenden BeitrÃ¤ge (Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler)â€ vom 27.Â Oktober 2008, geÃ¤ndert am 10.Â Dezember 2014. Die Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler stehen in Einklang mit hÃ¶herrangigem (Gesetzes- und Verfassungs-)Recht *(BSG, Urteil vom 28.Â Mai 2015Â â€ BÂ 12Â KR 15/13Â RÂ â€Â RnÂ 22; BSG, Urteil vom 28.Â Juni 2022, BÂ 12 KR 11/20Â R, Rn 11)*. Nach Â§Â 240 AbsÂ 1 SatzÂ 2 HalbsÂ 2 SGBÂ V ist sicherzustellen, dass die Beitragsbelastung die gesamte wirtschaftliche LeistungsfÃ¤higkeit des freiwilligen Mitglieds berÃ¼cksichtigt. Mit einzubeziehen sind demgemÃ¤Ã alle Einnahmen und Geldmittel, die das freiwillige Mitglied zum Lebensunterhalt verbraucht oder verbrauchen kÃ¶nnte, und zwar ohne RÃ¼cksicht auf die steuerliche Behandlung der EinkÃ¼nfte *(siehe Â§Â 3 AbsÂ 1 SatzÂ 1 BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler; vgl auch BSG, Urteil vom 28.Â Mai 2015Â â€ BÂ 12Â KR 12/13 RÂ â€ RnÂ 15; BSG, Urteil vom 15.Â Oktober 2014Â â€ BÂ 12Â KR 10/12Â RÂ â€Â RnÂ 21 mwN, juris)*.

Â

c) Ãnderungen in den beitragspflichtigen Einnahmen freiwilliger Mitglieder der GKV

werden nicht nach dem Zuflussprinzip umgesetzt, sondern auch fÃ¼r Einnahmen aus KapitalvermÃ¶gen zeitversetzt ab Beginn des auf die Ausfertigung eines neuen Einkommensteuerbescheides folgenden Monats berÃ¼cksichtigt (vgl Â§Â 6 AbsÂ 6 SatzÂ 2 iVm Â§Â 7 AbsÂ 7 SatzÂ 2 und 3 sowie Â§Â 6 AbsÂ 4 BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler), wobei unerheblich ist, ob â wie hier von der KlÃ¤gerin betreffend das Jahr 2012 â gegen den Einkommensteuerbescheid Einspruch eingelegt wurde oder nicht *(vgl BSG, Urteil vom 22.Â MÃ¤rz 2006Â â BÂ 12Â KR 14/05 RÂ â RnÂ 16, 21, juris; Urteil vom 2.Â September 2009Â â BÂ 12Â KR 21/08 RÂ â RnÂ 16; Landessozialgericht Baden-WÃ¼rttemberg, Urteil vom 18.Â Juni 2013Â â LÂ 11 KR 300/12Â â RnÂ 29, juris; Schleswig-Holsteinisches Landessozialgericht, Beschluss vom 7.Â Juli 2016Â â LÂ 5 KR 63/16Â B ERÂ â Â RnÂ 17, juris).* FÃ¼r die Beitragserhebung maÃgebliche â und damit im Sinne von Â§Â 48 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X wesentliche â Ãnderungen der Einkommenssituation der KlÃ¤gerin sind belegt durch die Einkommensteuerbescheide fÃ¼r 2012 vom 13.Â Mai 2014 und fÃ¼r 2013 vom 5.Â Juni 2015, die im August 2015 vorgelegt wurden, jedoch bereits ab 1.Â Juni 2014 bzw. 1.Â Juli 2015 zu berÃ¼cksichtigen waren.

Â

d) Die in Â§Â 6 AbsÂ 4 BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler geregelte Pflicht eines freiwilligen Mitgliedes, Ãnderungen unverzÃ¼glich mitzuteilen, besteht unabhÃ¤ngig davon, dass die Krankenkasse nach Â§Â 6 AbsÂ 2 SatzÂ 1 und 2 BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler die beitragspflichtigen Einnahmen, die nicht von Dritten gemeldet werden, von Amts wegen spÃ¤testens alle sechs Monate zu Ã¼berprÃ¼fen hat. Der KlÃ¤gerin war aus den Verwaltungsverfahren zu vorangegangenen Beitragsbescheiden vom 21.Â Mai 2013, 19.Â Juni 2013, 18.Â September 2014 und 29.Â Dezember 2014 und deren Anlagen, die auf die unverzÃ¼gliche Vorlage neuer Einkommensteuerbescheide hinweisen, insbesondere bekannt, dass die Einkommensteuerbescheide fÃ¼r die Berechnung des Beitrags zur freiwilligen Krankenversicherung relevant waren und sie neue Nachweise Ã¼ber die HÃ¶he ihrer Einnahmen bei der Beklagten vorzulegen hat. Sie ist ihrer Pflicht, die Einkommensteuerbescheide fÃ¼r 2012 vom 13.Â Mai 2014 bzw fÃ¼r 2013 vom 5.Â Juni 2015 unverzÃ¼glich vorzulegen, daher grob fahrlÃ¤ssig iSv Â§ 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB X nicht nachgekommen.

Â

4. Zur Beitragserhebung im Rahmen der freiwilligen Versicherung heranzuziehen waren Einnahmen der KlÃ¤gerin aus KapitalvermÃ¶gen. Die â zwischen den Beteiligten nicht streitige â Beitragserhebung der Beklagten auf die im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen EinkÃ¼nfte aus Gewerbebetrieb erweisen sich als Ertrag aus einer langfristigen Finanzanlage in geschlossenen Fonds, denen ein Gewerbebetrieb zugrunde liegt, und unterlagen daher â ebenso wie die Ã¼brigen im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen EinkÃ¼nfte aus KapitalvermÃ¶gen â den im Recht der GKV geltenden Regelungen zur Verbeitragung von Einnahmen aus KapitalvermÃ¶gen.

Â

a) FÃ¼r Einnahmen aus KapitalvermÃ¶gen ergibt sich aus dem Umstand, dass sie â mangels gegenteiliger Zweckbestimmung â fÃ¼r das Bestreiten des Lebensunterhalts eingesetzt werden kÃ¶nnen und der expliziten Regelung in Â§Â 3 AbsÂ 1b SatzÂ 1 der BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler (vom 27.Â Oktober 2008, zuletzt geÃ¤ndert am 10.Â Dezember 2014), nach der Einnahmen ua aus KapitalvermÃ¶gen den beitragspflichtigen Einnahmen zuzurechnen sind, dass sie der Verbeitragung zur gesetzlichen Krankenversicherung unterliegen *(dem Grunde nach bestÃ¤tigend BSG, Urteil vom 28.Â Mai 2015Â â BÂ 12Â KR 12/13Â RÂ â RnÂ 18)*. Dabei kann die beklagte Krankenkasse im Rahmen ihres pflichtgemÃ¤Ãen Ermessens bei der Vorlage von Nachweisen (vgl Â§Â 6 AbsÂ 3 SatzÂ 2 BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler) auf den Einkommensteuerbescheid abstellen.

Â

b) Allerdings folgt aus dem Umstand, dass Werbungskosten die wirtschaftliche LeistungsfÃ¤higkeit (im Sinne des Â§Â 240 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ V) des freiwilligen Mitglieds einschrÃ¤nken *(vgl BSG, Urteil vom 28.Â Juni 2022,* BÂ 12 KR 11/20Â R*, RnÂ 30)* und der Regelung in Â§Â 3 AbsÂ 1b SatzÂ 1 der BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler, wonach Einnahmen aus KapitalvermÃ¶gen *nach Abzug von Werbungskosten* zu verbeitragen sind, dass die EinkÃ¼nfte aus KapitalvermÃ¶gen nicht in dem im Einkommensteuerbescheid festgestellten Umfang zur Beitragserhebung heranzuziehen sind *(aA ohne plausible Herleitung Gerlach in: Hauck/Noftz SGB V, Â§â240 Beitragspflichtige Einnahmen freiwilliger Mitglieder, RnÂ 78)*. Â§Â 3 AbsÂ 1b SatzÂ 3 BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler sieht insoweit selbst fÃ¼r Einnahmen aus KapitalvermÃ¶gen nicht das Bruttoprinzip vor, sondern regelt explizit, dass als Werbungskosten bei Einnahmen aus KapitalvermÃ¶gen ein Betrag von 51Â Euro pro Kalenderjahr zu berÃ¼cksichtigen ist, sofern keine hÃ¶heren tatsÃ¤chlichen Aufwendungen nachgewiesen werden. Solche hÃ¶heren tatsÃ¤chlichen Aufwendungen mÃ¼ssen â systematisch folgerichtig â Werbungskosten im Sinne von Â§Â 3 AbsÂ 1b SatzÂ 2 BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler sein. Dort werden Werbungskosten definiert als Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen. Eine detaillierte Auflistung, die fÃ¼r die Verbeitragung von Einnahmen aus KapitalvermÃ¶gen eine Gleichbehandlung aller Versicherten *(zum Gebot der Belastungsgleichheit vgl BSG, Urteil vom 28.Â Juni 2022,* BÂ 12 KR 11/20Â R*, Rn 23)* gewÃ¤hrleistet, enthÃ¤lt diese Regelung allerdings nicht. Unter BerÃ¼cksichtigung des Wortlauts und des gleichzeitig fehlenden Verweises auf das Einkommensteuergesetz (systematische Auslegung), ist fÃ¼r das Beitragsrecht zur gesetzlichen Krankenversicherung eine â abstrakte â Festlegung zu treffen, welche Kosten als Werbungskosten anzuerkennen sind, die auf alle freiwillig Versicherten, fÃ¼r deren Beitragszahlung (auch) Einnahmen aus KapitalvermÃ¶gen herangezogen werden, gleichermaÃen angewendet wird.

Â

c) Die in Â§Â 3 AbsÂ 1b SatzÂ 2 BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler und Â§Â 9 AbsÂ 1 SatzÂ 1 Einkommensteuergesetz (EStG) wortlautidentische Definition fÃ¼r Werbungskosten *(vgl auch BSG, Urteil vom 28.Â Juni 2022,* BÂ 12 KR 11/20Â R*, RnÂ 23)* veranlasst den Senat dazu, bei der Verbeitragung zur GKV ihrer Art nach dieselben Aufwendungen als Werbungskosten anzuerkennen, die auch nach dem Einkommensteuerrecht anerkannt werden kÃ¶nnen, vor allem wenn fÃ¼r die berÃ¼cksichtigungsfÃ¤higen Einnahmen aus KapitalvermÃ¶gen auf die im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen EinkÃ¼nfte aus KapitalvermÃ¶gen abgestellt wird *(vgl zur synchronen BerÃ¼cksichtigung von EinkÃ¼nften und Werbungskosten nach MaÃgabe des Steuerrechts jÃ¼ngst BSG, Urteil vom 28.Â Juni 2022,* BÂ 12 KR 11/20Â R*, RnÂ 33)*. Auf diese Art und Weise lÃ¤sst sich die wirtschaftliche LeistungsfÃ¤higkeit des Mitglieds einer gesetzlichen Krankenkasse fÃ¼r alle gleichermaÃen ermitteln und festlegen.

Aufwendungen iSd Â§Â 9 AbsÂ 1 SÂ 1 EStG sind â als GegenstÃ¼ck zu Einnahmen im Sinne von Â§Â 8 EStG â alle Ausgaben, dh GÃ¼ter, die in Geld oder Geldeswert bestehen und bei Steuerpflichtigen im Rahmen einer der Einkunftsarten des Â§Â 2 AbsÂ 1 NrÂ 4 bis 7 EStG abflieÃen, sowie sonstiger Aufwand *(vgl Oertel in: Kirchhof/Seer, Einkommensteuergesetz, 21.Â Aufl 2022 Â§Â 9 Werbungskosten, Rn 6, 7)*. Nach dem Einkommensteuerrecht sind Werbungskosten bei der Einkunftsart abzuziehen, bei der sie erwachsen sind (Â§Â 9 AbsÂ 1 SatzÂ 2 EStG). Die Ãbertragung dieses Grundsatzes auf die Verbeitragung von Einnahmen aus KapitalvermÃ¶gen fÃ¼hrt dazu, dass nur solche Kosten abzugsfÃ¤hig sind, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Erzielung von Einnahmen aus KapitalvermÃ¶gen durch den Beitragspflichtigen stehen. Dabei steht der Ãbertragung dieser Vorgehensweise auf die Beitragserhebung im Recht der GKV nicht entgegen, dass steuerrechtlich der Abzug der tatsÃ¤chlichen Werbungskosten bei der Ermittlung der EinkÃ¼nfte aus KapitalvermÃ¶gen ausgeschlossen ist (Â§Â 20 AbsÂ 9 SatzÂ 1 EStG in der ab 1.Â Januar 2009 geltenden Fassung). Denn dieses Vorgehen sieht Â§Â 3 AbsÂ 1b BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler gerade nicht vor. Dieser Umstand fÃ¼hrt zwar dazu, dass bei der Verbeitragung von KapitalertrÃ¤gen die tatsÃ¤chlichen Aufwendungen der Steuerpflichtigen nicht mehr vom Finanzamt geprÃ¼ft werden und die Krankenkasse die Einnahmen aus KapitalvermÃ¶gen und die abzugsfÃ¤higen Aufwendungen nicht mehr ohne eigene PrÃ¼fung dem Einkommensteuerbescheid entnehmen kann. Das kann angesichts des eindeutigen Wortlauts in Â§Â 3 AbsÂ 1b BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler jedoch nicht dazu fÃ¼hren, dass die durch die Regelung des GKV-Spitzenverbandes determinierte Vorgehensweise als nicht verwaltungspraktikabel bewertet wird mit der Folge, dass diese Regelung nicht umgesetzt wird *(vgl BSG, Urteil vom 28.Â Juni 2022,* BÂ 12 KR 11/20Â R*, RnÂ 29)*. Weder die beklagte Krankenkasse noch das Ã¼berprÃ¼fende Gericht haben insoweit eine Verwerfungskompetenz aus GrÃ¼nden der Arbeitserleichterung. Die Entscheidungen des BSG, auf die sich die Beklagte bzw das Sozialgericht berufen haben, betreffen die Rechtslage bis Ende 2008 *(Urteil vom 28. Mai 2015,* BÂ 12 KR 12/13Â R*)* bzw deutlich frÃ¼her (1978) und sind angesichts der heutigen Rechtslage in Â§Â 240 SGBÂ V und der im Wege der Selbstverwaltung getroffenen Regelungen in den BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tzen Selbstzahler Ã¼berholt. Rechtlich maÃgebliche

GrÃ¼nde fÃ¼r die Nichtanwendung von Â§Â 3 AbsÂ 1b BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler sind keinesfalls ersichtlich, zumal Â§Â 240 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ V â wie bereits oben dargestellt â fÃ¼r die Beitragserhebung auf die wirtschaftliche LeistungsfÃ¤higkeit des Mitglieds abstellt und dieser Grundsatz mit Â§Â 3 AbsÂ 1b BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler gerade umgesetzt wird.

Â

d) Die seitens der KlÃ¤gerin fÃ¼r die Jahre 2012 und 2013 geltend gemachten Werbungskosten erkennt der Senat dem Grunde nach an. Der Senat stÃ¼tzt diese Entscheidung auf Â§Â 9 AbsÂ 1 SatzÂ 3 EStG, das Amtliche Einkommensteuer-Handbuch des Bundesministeriums der Finanzen (auf der Homepage verfÃ¼gbare Ausgabe 2019) Abschnitt RÂ 20.1 Richtlinie âWerbungskosten bei EinkÃ¼nften aus KapitalvermÃ¶genâ SÂ 2210 und nachfolgend benannte Entscheidungen aus der Finanzgerichtsbarkeit zu bei KapitaleinkÃ¼nften anzuerkennenden Werbungskosten. AnerkennungsfÃ¤hig sind danach Kosten fÃ¼r Fachliteratur, Reisekosten, Steuerberatung oder Rechtsberatung, KontofÃ¼hrungsgebÃ¼hren *(sa Hessisches Finanzgericht, Urteil vom 14.Â Mai 1981Â â VII 20/81Â â RnÂ 16 juris)*; Schuldzinsen und andere Kosten fÃ¼r Kredite, deren Valuta zum Erwerb oder zur Schaffung einer Kapitalanlage im Sinne des Â§Â 20 EStG verwandt wird *(sa FG MÃ¼nster, Urteil vom 20.Â Februar 2014Â â 8Â K 475/11 E,FÂ â, RnÂ 43f, juris; FG KÃ¶ln, Urteil vom 18.Â April 1986Â â V K 378/85Â â RnÂ 49, juris);* anteilige Wohnkosten fÃ¼r ein hÃ¤usliches Arbeitszimmer *(BFH, Urteil vom 8.Â MÃ¤rz 2017Â â IXÂ R 52/14Â â, RnÂ 10ff, juris)*, anteilige Telefonkosten *(BFH, Urteil vom 21.Â November 1980Â â VI R 202/79Â â RnÂ 14 bis 15)* sowie Postwertzeichen und BÃ¼robedarf (Â§Â 9 AbsÂ 1 SatzÂ 3 Nr 6 EStG).

Â

Der HÃ¶he nach ist fÃ¼r die rÃ¼ckwirkende Beitragserhebung zu bedenken, dass der Einkommensteuerbescheid fÃ¼r 2012 vom 13.Â Mai 2014 fÃ¼r die Zeit vom 1.Â Juni 2014 bis 30.Â Juni 2015 heranzuziehen war und der Einkommensteuerbescheid fÃ¼r 2013 vom 5.Â Juni 2015 ab 1.Â Juli 2015 maÃgeblich war (vgl Â§Â 6 AbsÂ 6 SatzÂ 2 iVm Â§Â 7 AbsÂ 7 SatzÂ 2 und 3 sowie Â§Â 6 AbsÂ 4 SatzÂ 2 BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler). Folglich sind die von der KlÃ¤gerin geltend gemachten Werbungskosten der HÃ¶he nach fÃ¼r 2012 und 2013 gesondert zu prÃ¼fen. Die von der KlÃ¤gerin geltend gemachten Kosten sind weit Ã¼berwiegend auch der HÃ¶he nach anzuerkennen. Die von der KlÃ¤gerin in den im Oktober 2021 Ã¼berlassenen Ãbersichten (BlattÂ 348 fÃ¼r 2012 und BlattÂ 167 fÃ¼r 2013) genannten spartenweise aufsummierten BetrÃ¤ge sind anhand der vorgelegten Belege nachvollziehbar. Nicht anzuerkennen sind Kosten des Geldverkehrs bei der B_____bank und fÃ¼r milesÂ & more, die dem Ehemann der KlÃ¤gerin zuzurechnen sind, und Kosten des Steuerberaters, die nicht fÃ¼r Beratungsleistungen betreffend KapitaleinkÃ¼nfte in Rechnung gestellt wurden. Die Kosten des Geldverkehrs sind im Ãbrigen inklusive der Sollzinsen fÃ¼r das Kreditlinienkonto 0_____ abzugsfÃ¤hig. Die Kosten fÃ¼r ein hÃ¤usliches Arbeitszimmer erkennt der Senat aufgrund der von dem Steuerberater der

KlÃ¤gerin vorgelegten Unterlagen Ã¼ber fÃ¼r die Jahre 2007 und 2008 geltend gemachte und im Einkommensteuerbescheid anerkannte Kosten nach freier Ã berzeugung (Â§Â 128 SGG) an. Im Einzelnen ergibt sich folgende Kostenaufstellung, die zur Anerkennung von Werbungskosten in HÃ¶he von 20.328,66Â EUR fÃ¼r 2012 und in HÃ¶he von 20.561,92Â EUR fÃ¼r 2013 fÃ¼hrt.

Â

Â

Â

Werbungskosten 2012
Geldverkehr

Telekommunikation (anteilig)

Mobilkommunikation (anteilig)

HÃ¤usliches Arbeitszimmer (14,73Â %)

BÃ¼robedarf

Fachliteratur

GeschÃ¤ftsreisen

Summe

Â

Werbungskosten 2013
Geldverkehr

Telekommunikation

Mobilkommunikation

HÃ¤usliches Arbeitszimmer (14,73Â %)

BÃ¼robedarf

Postwertzeichen

Steuerberatung

Summe

Â

5. a) Auf der Grundlage des Steuerbescheides vom 13.Â Mai 2014 fÃ¼r das Jahr 2012 war der Beitragserhebung ab 1.Â Juni 2014 ein Einkommen aus KapitalvermÃ¶gen in HÃ¶he von monatlich 4.390,52Â EUR zugrunde zu legen . Dieser Betrag Ã¼berschritt die Beitragsbemessungsgrenze iSv Â§Â 223 AbsÂ 3 SGBÂ V, die im Jahr 2014 auf 4.050,00Â EUR festgesetzt war, so dass die KlÃ¤gerin BeitrÃ¤ge auf der Grundlage der Beitragsbemessungsgrenze zu zahlen hatte, solange der Einkommensteuerbescheid fÃ¼r 2012 vom 13.Â Mai 2014 maÃgeblich war. Das war bis Ende Juni 2015 der Fall, weil mit Wirkung ab 1.Â Juli 2015 der Einkommensteuerbescheid fÃ¼r 2013 vom 5.Â Juni 2015 zugrunde zu legen war.

Â

b) Ausgehend von dem Steuerbescheid vom 5.Â Juni 2015 fÃ¼r das Jahr 2013 war der Beitragserhebung ab 1.Â Juli 2015 ein Einkommen aus KapitalvermÃ¶gen sowie Vermietung und Verpachtung in HÃ¶he von monatlich 2.994,34Â EUR zugrunde zu legen . Dieser Betrag unterschritt die Beitragsbemessungsgrenze iSv Â§Â 223 AbsÂ 3 SGBÂ V, die im Jahr 2015 auf 4.125,00Â EUR festgesetzt war, so dass die KlÃ¤gerin BeitrÃ¤ge auf der Grundlage ihrer tatsÃ¤chlichen berÃ¼cksichtigungsfÃ¤higen EinkÃ¼nfte zu zahlen hatte, nicht jedoch auf der Grundlage der Beitragsbemessungsgrenze.

Â

Der Bescheid vom 17.Â August 2015 erweist sich daher fÃ¼r die Zeit vom 1.Â Juni 2014 bis 30.Â Juni 2015 als rechtmÃ¤ÃŸig, fÃ¼r die Zeit ab 1.Â Juli 2015 jedoch als rechtswidrig. Er war daher entsprechend ab dem 1.Â Juli 2015 aufzuheben und die Beklagte war zur Neubescheidung Ã¼ber die Beitragspflicht der KlÃ¤gerin zu verurteilen.

Â

6. Die Entscheidung der Beklagten Ã¼ber die Beitragserhebung zur SPV beruht auf Â§Â 57 AbsÂ 4 SatzÂ 1 Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGBÂ XI), der auf die Vorschriften zur Beitragsbemessung fÃ¼r freiwillige Mitglieder nach Â§Â 240 SGBÂ V verweist. Auch die Entscheidung der Beklagten zur Verbeitragung des Einkommens der KlÃ¤gerin fÃ¼r die SPV ist fÃ¼r die Zeit vom 1.Â Juni 2014 bis 30.Â Juni 2015 rechtmÃ¤ÃŸig, fÃ¼r die Zeit ab 1.Â Juli 2015 â€ begrenzt bis 31. Dezember 2015 â€ jedoch rechtswidrig mit der Folge, dass die Beklagte die KlÃ¤gerin auch betreffend ihre Beitragsverpflichtung zur SPV ab 1.Â Juli 2015 neu zu bescheiden hat.

Â

7. Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â 193 SGG und berÃ¼cksichtigt, dass die KlÃ¤gerin fÃ¼r etwa ein Drittel des streitigen Zeitraums (6 von 19 Monaten) obsiegt hat.

Â

8. GrÃ¼nde fÃ¼r die Zulassung der Revision (Â§Â 160 AbsÂ 2 SGG) liegen nicht vor. Der Senat weicht mit seiner Entscheidung weder von Entscheidungen des BSG ab noch hat der Senat Ã¼ber Rechtsfragen von grundsÃ¤tzlicher Bedeutung entschieden. Das BSG hat in seiner Entscheidung vom 28.Â Mai 2015 *(*BÂ 12Â KR 12/13Â R*, RnÂ 24)* ausdrÃ¼cklich â€ nur â€ fÃ¼r die bis zum 31.Â Dezember 2008 geltende Rechtslage ausgefÃ¼hrt, dass die Feststellungen des Einkommensteuerbescheides maÃŸgeblich seien und darÃ¼ber hinaus gesehen, dass
â€ aus der Sicht der dortigen Fallgestaltung erst â€ ab 1.Â Januar 2009 die Â§Â§Â 6, 7 BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler Anwendung finden. FÃ¼r die Rechtslage ab 1.Â Januar 2009 fehlt es angesichts des klaren Wortlauts von

Â§Â 240 AbsÂ 1 SGBÂ V, der dem GKV-Spitzenverband die ErmÃ¤chtigung einrÃ¤umt, die BeitragsverfahrensgrundsÃ¤tze Selbstzahler zu erlassen (SatzÂ 1) und vorgibt, die gesamte wirtschaftliche LeistungsfÃ¤higkeit des freiwilligen Mitglieds zu berÃ¼cksichtigen (SatzÂ 2), an einer klÃ¤rungsbedÃ¼rftigen Rechtsfrage.

Erstellt am: 10.11.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024